



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 05.07.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Qualifizierter Mietspiegel 2017

Vorl.Nr. 230/17

Beschluss:

Der Mietspiegel 2017 wird als qualifizierter Mietspiegel gem. § 558 d Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) anerkannt.

Der Mietspiegel tritt am 1. August 2017 in Kraft und ist bis 31. Juli 2019 gültig.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Hinsichtlich der Tagesordnung gebe es keine Änderungswünsche. EBM Seigfried eröffnet TOP 1 und begrüßt die Vertreter der beteiligten Verbände. Er gibt das Wort an Herrn Dr. Schmiedt (EMA), welcher den Prozess begleitet habe, weiter. Dieser informiert über die Mietspiegelfortschreibung anhand einer Präsentation. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Aus Genauigkeitsgründen habe man auf eine Indexfortschreibung verzichtet und eine Datenstichprobe durchgeführt.

EBM Seigfried fügt hinzu, dass der FB 17 für die Erstellung des Mietspiegels zuständig sei. Vor Eröffnung der Aussprache wolle er noch darauf hinweisen, dass man nicht die Miethöhe festlege, sondern ein Untersuchungsergebnis feststelle. Dies werde dann als qualifizierter Mietspiegel beschlossen. Der Mietspiegel sei ein Maßstab bei Mietstreitigkeiten und eine Grundlage für die tatsächlichen Mietverträge.

Stadtrat Meyer dankt für die Fortschreibung des Mietspiegels. Die durchschnittliche Erhöhung von 2,3 % zeige, dass Ludwigsburg eine hoch attraktive Stadt sei. Der Zuwachs an Arbeitsplätzen führe zu einem Einwohneranstieg. Sanierungen und Neubau führen zu höheren Mieten. Die Vorgaben und damit verbundenen höheren Kosten ebenso. Weiterhin solle ein großes Augenmerk auf Familien, Geringverdiener, sowie sozial Schwächere gelegt werden. Nicht nur über die Wohnbau, sondern auch in Kooperation mit Bauträgern und Anderen müsse dieser Anstieg gedämpft werden. Es müsse schneller und verstärkt neue Wohngebiete erschlossen werden, ohne die Stadt zu sehr zu verdichten. Es solle überlegt werden, ob es beispielsweise eine Vereinfachung im Dachgeschoßausbau geben könne. Parallel müsse ebenso die Infrastruktur ausgebaut werden. Bund und Land stehe ebenso in der Verantwortung. Der Vorlage werde zugestimmt und er dankt allen Beteiligten.

TOP 1

Qualifizierter Mietspiegel 2017

Vorl.Nr. 230/17

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit dankt ebenso für dieses wichtige Instrument. Das Niveau in der Stadt sei sehr hoch. Wohnraum werde geschaffen unter anderem durch die WBL. Hier sei man auf einem guten Weg. An der qualitätsvollen Innenverdichtung solle weiter gearbeitet werden. Das Ergebnis der Wohnraumförderung sei nicht das Gewünschte gewesen, dennoch sei es ein wichtiger Baustein Bürger zum vermieten von Wohnraum zu motivieren. Die Landesbauordnung sei nicht für die hohen Mietpreise verantwortlich. Die Ideen der WBL sollen weiterverfolgt werden, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen. Die Kommune solle gegen das hohe Niveau steuern.

Die Erhöhung liege deutlich über dem Verbraucherindex, so Stadtrat Daferner. Hier sei eine Diskrepanz zwischen den eigentlichen Lebenshaltungskosten und dem Mietanstieg. Dies schaffe eine Drucksituation, da ein ausgeglichenes Angebot geschaffen werden müsse. Neben der Wohnbau müssen auch die anderen Bauträger ein Angebot schaffen. Die Verwaltung müsse sich in der Zusammenarbeit mit anderen Bauträgern öffnen. Eine Transparenz und Preisdämpfung leiste der Mietspiegel nicht. Alles könne nicht geleistet werden. Die Infrastruktur müsse ebenso geschaffen werden. Zudem wolle er anmerken, dass bei der Mietpreisentwicklung mit einerseits dem positiven Instrument des Mietspiegels man andererseits feststellen könne, dass die Nebenkosten dadurch steigen. Dem Vorschlag werde zugestimmt.

Stadträtin Moersch dankt allen Beteiligten. Die Steigerungsrate höre sich erstmal konform und moderat an. Bei näherer Betrachtung stelle sich heraus, wo die Steigerungen tatsächlich seien. Der qualifizierte Mietspiegel sei ein verlässliches Orientierungsinstrument. Es spreche für die Stadt, dass viele Menschen nach Ludwigsburg wollen. Mieten günstig zu halten sei lediglich durch genug Wohnraum zu steuern. In den vergangenen Jahren sei zu wenig Wohnraum geschaffen worden. Die Landesbauordnung und das Mietrecht sehe sie als Preistreiber, da beide Komponenten dafür verantwortlich seien, dass weniger Mietraum geschaffen werde. Private Bauherren schrecken aufgrund der hohen Kosten, Anforderungen und der Folgen aufgrund Vermietung zurück. Die Stadt habe das Instrument der Wohnbau. Sie sehe es als eine Gesamtaufgabe von Privaten, Bauträgern, sowie der WBL Wohnraum zu schaffen. Der Vorlage werde zugestimmt. Sie befürchte, dass der Druck in Ludwigsburg weiter ansteigen werde.

Ebenso seinen Dank spricht Stadtrat Heer aus. Er habe eine höhere Preissteigerung erwartet. Die Attraktivität Ludwigsburgs erhöhe den Druck auf den Wohnungsmarkt und wirke nicht preismindernd. Der Mietspiegel bilde die Realität ab. Man habe eine große Preisspanne. Die Mietnebenkosten seien Verbrauchskosten, die der Mieter zu tragen habe. Sofern sich auf dem Baulandmarkt nichts ändere, habe er wenig Hoffnung. Die FDP habe bereits eine freiwillige Baulandumlegung vorgeschlagen. Die Mietgesetzgebung stärke die Mieterrechte und macht Druck auf die Vermieter. Die Lösung sei Bauflächen auszuweisen. Er habe aber Bedenken, dass dann vermehrt Menschen aus dem Stuttgarter Raum Interesse zeigen, da dort Wohnraum zu teuer sei. Der Mietspiegel schaffe Rechtssicherheit und werde gebraucht.

Stadtrat Kube führt aus, dass die Wohnungsnot und die Schwierigkeiten eine bezahlbare Wohnung zu finden bekannt seien. Durch die Mietsteigerungen werde die Situation der Wohnungsnot verschärft. Der Mietspiegel sei kein geeignetes Mittel um die Mietkostenexplosion aufzuhalten aber könne verlangsamen. Man brauche ein Umdenken, weg von der Marktorientierung, hin zur bedarfsorientierten Planung. Stadtrat Kube zitiert die Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1967 zu Artikel 14 des Grundgesetzes. Für ihn sei fraglich, was heute abzustimmen sei. Man könne lediglich zur Kenntnis nehmen. Somit wolle er sich an der Abstimmung nicht beteiligen.

EBM Seigfried fügt hinzu, dass in Ludwigsburg den frei explodierenden Bodenpreisen Einhalt
TOP 1 Qualifizierter Mietspiegel 2017 Vorl.Nr. 230/17

geboten werde. Der Verfassungsauftrag werde durchaus in Ludwigsburg berücksichtigt. Der Mietmarkt und Bodenmarkt sei knapp. Man brauche Wohnungen für Menschen jeden Einkommens. Um eine Befriedigung herzustellen brauche man durchschnittlich 500 neue Wohnungen pro Jahr, davon mindestens 100 als Sozialwohnungen, über zehn Jahre hinweg. Die Aufgabe werde nicht günstiger durch die Beachtung vieler Aspekte wie die Vermeidung der Versiegelung von Umland, der Klimawandel, der Klimaschutz wie auch die Mobilität. Die Einflussnahme auf die Bodenpreispolitik, mehr Bauten im sozialen Wohnungsbau, Aufstockungen, Nachverdichtungen seien Möglichkeiten um einzugreifen. Die Voraussetzungen, wie die Erschließung von Wohnbauland, Änderung von Bebauungsplänen, müssen geschaffen werden. EBM Seigfried plädiert auf die gemeinsame Schaffung der Voraussetzungen. Es müsse mehr baureife Fläche geschaffen werden. Von den Bauträgern solle man sich nicht beeinflussen lassen. Für die Bauträger gebe es genug Betätigungsfeld. Man brauche auch Bauflächen, die nicht für Bauträger oder Kommunen vorgesehen sind, sondern auch für Baugruppen oder Einzelbauherren.

Stadtrat Link stellt eine Verständnisfrage zu den angegebenen Zahlen, die direkt geklärt wird.

Stadtrat Haller bedankt sich bei EBM Seigfried für die klaren, sachlich begründenden Worte. Er rügt manche Interessenvertreter im Gremium. Man solle sachliche Argumente einbringen. Die Landesbauordnung beispielsweise sei für Investoren kein Hinderungsgrund. Es fehlen Baulandflächen. Man wolle Baugebiete für die Zukunft. Bei der Verdichtung werden die Qualitätskriterien berücksichtigt.

Stadtrat von Stackelberg merkt an, dass man die Studentenwohnungen nicht aus dem Blick verlieren dürfe.

Im Anschluss bedankt sich EBM Seigfried bei den Verbänden für die gute Unterstützung und lässt über die Vorlage abstimmen. Stadtrat Kube beteiligt sich an der Abstimmung nicht.

Beschlussempfehlung:

1. Änderungsanträge der Kindertageseinrichtungen:
 - a. Den Änderungen der Betreuungszeiten entsprechend der Nachfrage laut Anlage 1 und 2 wird zugestimmt.
 - b. Dem Personalmehrbedarf in städtischen Einrichtungen von 0,6 Stellen wird zugestimmt.
2. Kindertageseinrichtung durch den Träger „Unsere Champions Kinderkrippen Betriebsgesellschaft mbh“
 - a. Dem Antrag auf Aufnahme in die Bedarfsplanung am Standort Hindenburgstraße 45 wird vorbehaltlich der baulichen Realisierbarkeit für folgende Gruppen zugestimmt :
 - I. Vier ganztägige Krippen für 0-3 -jährige Kinder (40 Plätze)
 - II. Zwei ganztägige Gruppen für 3-6 -jährige Kinder (35 Plätze)
 - b. Der Betriebskostenzuschuss erfolgt nach Maßgabe des Trägervertrages für privat-gewerbliche und freie Träger.
 - c. Der Träger wird beauftragt ein entsprechendes Raumprogramm zu erstellen. Zur Förderung der Baukosten müssen Planungen bis Leistungsphase 3 vorgelegt werden. Im Rahmen des internen Bauinvestitionscontrolling und der Priorisierung von Baumaßnahmen ergeht ein gesonderter Beschluss zur Bezuschussung der Maßnahme.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried eröffnet TOP 2 und gibt das Wort an Frau Schmetz (FB Bildung und Familie) weiter. Diese informiert über die Maßnahmen zur Bedarfsplanung. Wie jedes Jahr wisse man nach dem Anmeldeverfahren genauer, welche Bedarfe die Eltern haben. Zudem geht Frau Schmetz auf den Träger „Unsere Champions“ ein. EBM Seigfried weist auf die Änderungsanträge in den Kindertageseinrichtungen hin. Es sei eine enorme Dienstleistungsorientierung. Man versuche ständig die Einrichtungen den Nachfragen anzupassen. Dies sei eine große Herausforderung und es werde eine hohe Flexibilität gefordert.

Stadtrat Meyer dankt für die Vorlage. Die Fortführung sei eine notwendige, permanente Aufgabe und so habe er zu Ziffer 1 keine weiteren Anmerkungen. Zu Ziffer 2 sei er dankbar über die

TOP 2

Maßnahmen zur Bedarfsplanung
Kindertageseinrichtungen 2017/18

Vorl.Nr. 236/17

Zusammenarbeit mit den kirchlichen Trägern, der AWO und auch der privaten Träger. Er bitte um nähere Informationen zu Trägerkonzept und Baufolgekosten. Ziffer 2 werde ebenso zugestimmt. Er habe noch Fragen zu den unveränderten Kinderzahlen in der Tabelle auf Seite 6 der Vorlage. Er wolle zudem wissen, ob die Neubaugebiete ausreichend eingerechnet worden seien. Ebenso die Einplanung von Kindernestern.

EBM Seigfried sagt die Nachlieferung der Zahlen zu. Vermutlich sei in der Tabelle ein Fehler unterlaufen.

Stadtrat Kasdorf dankt ebenso über die wiederkehrende Vorlage. Momentan werde eine Umfrage bei den Eltern durchgeführt. Der Vorlage könne gefolgt werden, ohne detaillierten Einblick zu haben. Er wünsche sich noch mehr Information zu Ziffer 2, insbesondere über den Träger und seinem Konzept.

Der Vorlage zustimmen könne ebenso Stadtrat Daferner. Er bitte noch um die Prüfung der Fortschreibung der Tabelle. Er wünsche sich ebenso zu Ziffer 2 nähere Informationen zum Träger und dem Konzept. Zum Standort sei ihm wichtig, dass bei den Außenflächen „Grün“ geplant werde. Er wolle die Planung der Fläche genauer wissen.

Stadträtin Moersch teilt mit, dass sie der Vorlage zustimmen werde. Zu Ziffer 1 müssen die Angebote dem Bedarf angepasst werden. Der Personalbedarf müsse ebenso nachgebessert werden. Zu Ziffer 2 begrüße sie einen weiteren Träger in der Stadt, der vor allem ein Angebot im U3 Bereich biete. Die Ansprüche und Qualitätsstandards an die Träger seien hoch und davon wolle man auch nicht abweichen. Sie wolle das pädagogische Konzept des Trägers wissen.

Stadtrat Heer werde ebenso zustimmen. Er wundere sich, weshalb ein Träger aus München sich für Ludwigsbug interessiere. Wenn ein Träger sich aus wirtschaftlichen Gründen bewirbt, wolle er wissen, inwieweit die Nachhaltigkeit geprüft worden sei.

EBM Seigfried schlägt einen Gesprächstermin mit dem Träger vor.

Stadtrat Kube werde ebenso zustimmen. Er geht davon aus, dass tatsächlich ein höherer Personalmehrbedarf bestehe.

Frau Schmetz geht auf die offenen Fragen ein. Der Baukostenzuschuss müsse anteilig zurückgezahlt werden, soweit die 25 Jahre nicht erfüllt werden. Das Finanzierungskonzept in Bayern und Baden- Württemberg unterscheide sich nur unwesentlich.

EBM Seigfried teilt mit, dass die Tabelle überarbeitet werde und lässt über die Vorlage abstimmen.

EBM Seigfried informiert über das Richtfest in der evangelischen Kindertageseinrichtung in der Stammheimerstrasse. Die Gesamtkosten belaufen sich dort auf 2,5 Mio. Euro. Es erfolge eine Förderung in Höhe von 1,49 Mio. Euro.

Beschluss:

- 1) Der Antragsstellung für das Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ für den Projektzeitraum Juli 2017 bis 2020 wird zugestimmt.
- 2) Den damit einhergehenden Kostenanteil der Stadt Ludwigsburg für den gesamten Projektzeitraum von insgesamt 32.204,07 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried ruft TOP 3 auf und gibt das Wort an Frau Schmetz (FB Bildung und Familie) weiter. Der Antrag für alle Träger in Ludwigsburg sei durch die Trägerkonferenz, als trägerübergreifendes Arbeitsgremium, gestellt worden.

Stadträtin Seyfang sieht dieses Programm als sinnvoll. Positiv sehe sie, dass die Einrichtungen unterstützt werden. Die weiteren Modelle widersprechen diesem nicht, da hier insbesondere auf die Flüchtlingsfamilien eingegangen werde. Die wechselnden Wohnorte der Familien sehe sie als schwierig an. Durchaus gebe es auch Kinder die bereits länger in Deutschland leben und keine Kita besuchen. Sie wolle wissen, ob diese Kinder ebenso angesprochen werden. Zudem wolle sie wissen, was nach Ablauf des Programmes passiere.

Unterstützung sagt Stadtrat Kasdorf zu. Es sei ein attraktives Programm der Bundesregierung. Er sieht große Herausforderungen, die vor allem auf das Betreuungspersonal zukomme. Zudem wolle er wissen, ob das Angebot von der Bleibeperspektive abhängig gemacht werde.

Das Programm sei vernünftig, nachvollziehbar und notwendig, so Stadtrat von Stackelberg. Der Zuschuss mit 90% sei erfreulich. Welchen Status die Familien haben, wolle er wissen. Zudem wolle er wissen, ob vergleichbare Angebote bereits vorhanden seien und wo die geplante Fachkraft angesiedelt sei. Es sei gut investiertes Geld und der Vorlage werde gerne zugestimmt.

Stadträtin Moersch gibt ebenso ihre Zustimmung. Der Ansatz dieses Bundesprogrammes sei richtig und sinnvoll. Vieles sei bereits im Ehrenamt geleistet worden. Es könne nicht alles ehrenamtlich abgedeckt werden, vor allem bei traumatischen Erfahrungen. Der Einstieg in unser Bildungssystem müsse durch entsprechende Fachleute gewährleistet werden. Sie wolle noch darauf hinweisen, dass auch Bundesfördermittel Steuergelder seien. Sie hoffe, dass die Ängste vor unserem Bildungssystem genommen werden.

Stadtrat Heer merkt an, dass vieles bereits angesprochen worden sei. Alles was der Integration und Bildung diene, sei zu unterstützen. Der Vorlage werde zugestimmt.

Frau Schmetz geht auf die offenen Fragen ein. Es gebe zum Teil Angebote, die sich mit Geflüchteten beschäftigen. Diese seien hilfreich, reichen aber nicht aus. Für eine

TOP 3

Antragsstellung Bundesprogramm "Kita-Einstieg:
Brücken bauen in frühe Bildung"

Vorl.Nr. 231/17

flächendeckende Umsetzung gebe es nicht genügend Ressourcen. In der Jugendhilfe werde nicht nach der Bleibeperspektive unterschieden. Mit diesem Programm bekomme man ein Instrument an die Hand, sofern der Zuschlag erfolge, mit dem aktiv und gebündelt mit diesem Thema umgegangen werde. Der Fachaustausch müsse gefördert werden.

Ergänzend führt EBM Seigfried noch aus, dass es 97 Kinder im Alter bis 6 Jahre in der Vorläufigen-/ und Anschlussunterbringung gebe. Daneben gebe es Flüchtlinge, die bereits in einem gefestigten Status seien. Der Besuch von Kindertageseinrichtungen sei unterdurchschnittlich. Die Einrichtungen brauchen zu diesem Thema dringend Unterstützung.

Stadtrat Heer stellt die Frage, was nach Ende des Programmes im Jahre 2020 sei.

Hierzu teilt EBM Seigfried mit, dass dies noch nicht geklärt sei. Die Personalstellen seien befristet. Die Förderungen seien häufig temporär. Politisch müsse geklärt werden, wie die Situation in 2-3 Jahren einzuschätzen sei.

Im Anschluss lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

TOP 4

Konzepte zur Personalentwicklung in den städtischen Kindertageseinrichtungen

Vorl.Nr. 219/17

Beratungsverlauf:

Frau Harscher (FB Bildung und Familie) informiert über die Konzepte zur Personalentwicklung in den städtischen Kindertageseinrichtungen anhand einer Präsentation. Diese ist dieser Niederschrift beigelegt. Frau Harscher gibt einen Einblick in die aktuelle Personalsituation und auch die weiteren Ideen. Sie verweist ebenso auf die Vorlage. Man müsse künftig einem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Stadtrat Dengel sieht die Arbeit mit den Kindern als wichtiges Aufgabengebiet. Er wolle noch wissen, wie hoch das Bruttogehalt in S4 und S6 sei.

Stadtrat von Stackelberg sieht das Modell als sehr vernünftig. Zudem wolle er darauf hinweisen, dass es sinnvoll sei für die städtischen Mitarbeiter einen Betriebskindergarten einzurichten.

Auf die Kampagne in Hamburg weist Stadtrat Kasdorf hin. Hamburg sei intensiv auf der Suche nach männlichen Auszubildenden und Erzieher.

Frau Harscher geht auf die offenen Fragen ein. Es gebe bereits Betriebskitaplätze. Diese seien allerdings zu wenig. Über die praxisintegrierte Ausbildung habe man erhofft mehr Männer zu gewinnen. Die Zunahme sei nicht so stark wie erhofft, aber dennoch spürbar. Es sei nach wie vor ein frauendominierter Beruf. Weiter geht Frau Harscher auf die Eingruppierungen ein. Kinderpflegerinnen werden in S4 mit einem Bruttogehalt in der Eingangsstufe 1 in Höhe von Euro 2.369.-- und Erzieherinnen in S8a mit einem Bruttogehalt in der Eingangsstufe 1 in Höhe von 2.578.--Euro eingruppiert. Das Bruttogehalt in Stufe 6 liege bei S4 in Höhe von 3.175.-- Euro und bei S8a 3.592.--Euro.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt, schließt EBM Seigfried diesen TOP.

TOP 5

Zuschüsse in Dach und Fach: Sanierung

Vorl.Nr. 194/17

Beschluss:

Der Förderung der Sanierungsmaßnahmen im Kinder- und Familienzentrum Eden, Hirschbergstraße 77 bis zu einer Gesamthöhe von 271.898 € wird zugestimmt. Mit den Bauarbeiten kann noch im Jahr 2017 gestartet werden.

Im Einzelnen bewilligt wird die Förderung der

- 1) Schaffung eines Personal-WC im Gebäude Morgentau mit bis zu maximal 11.130 € (= 85% der Gesamtkosten von 13.094 €).
- 2) Sanierung von Dach, Fassade und Fenstern im Gebäude Morgentau mit bis zu maximal 157.355 € (= 85% der Gesamtkosten von 185.124 €).
- 3) Maßnahmen im U-3-Bereich zur Verbesserung von Gestaltung und Funktionalität im Gebäude Morgentau mit bis zu maximal 73.925 € (= 85% der Gesamtkosten von 86.970 €).
- 4) diverse Sanierungsmaßnahmen am und im Gebäude Abendrot mit bis zu maximal 29.488 € (= 80% der Gesamtkosten von 36.860 €).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner

Nachdem auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet wird, lässt EBM Seigfried über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

Frau Schmetz (FB Bildung und Familie) und Vertreterinnen des Kinderschutzbundes informieren über die Willkommensbesuche bei Neugeborenen und stellen die „Hallo Baby Tasche“ vor. Zur Einstimmung wird ein Trailer gezeigt. Frau Schmetz teilt mit, dass im Rahmen des Kinderschutzgesetzes ein Rechtsanspruch auf individuelle Beratung bestehe. Im Landkreis einigte man sich auf die bestehenden Konzepte zurückzugreifen und somit die Verantwortung auf die Städte/ Gemeinden zu übertragen. Auf das „Hallo Baby“ Projekt können die Familien freiwillig zurückgreifen. Das Konzept sei weiter aufbereitet worden. Wichtig sei der niederschwellige Zugang. Die Familien der Neugeborenen erhalten einen Brief der Stadt und Broschüren über Beratungs-/ Hilfsangebote. Die Hausbesuche, soweit gewollt, werden durch den Kinderschutzbund durchgeführt.

Die Vertreterinnen des Kinderschutzbundes Frau Haas und Frau Balles erläutern ihre Arbeit. Sie seien froh über die städtische Unterstützung. Sie sehen sich als „Navigationshilfe“. Durch die Hausbesuche werde ein erster Kontakt geknüpft und Geschenke, sowie Flyer und Broschüren mitgebracht.

EBM Seigfried dankt für den Vortrag. Die Aufgabe des Kreises sei auf die Kommunen übertragen worden. Man wolle die Eltern im Alltag unterstützen. Es sei eine gute Performance im Auftritt vor Ort. Der eingangs gezeigte Trailer werde im Einwohnermeldeamt gezeigt. Im Herbst werde man erneut auf das Gremium mit einer Vorlage zukommen. Die Aussprache wird eröffnet.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit dankt den Vortragenden. Die Grünen- Fraktion habe sich ursprünglich ein anderes Konzept gewünscht, indem die Besuche nicht auf freiwilliger Basis erfolgen. Das jetzige Konzept komme an. Sie dankt dem Kinderschutzbund für die gute Unterstützung. Sie wolle noch die Anzahl der Besuche wissen, ebenso die Personalanzahl.

Stadträtin Moersch spricht sich ebenso lobend über dieses Projekt aus. Insbesondere durch das niederschwellige Angebot zeige dieses Projekt Erfolg.

Die Vertreterinnen des Kinderschutzbundes teilen mit, dass sie lediglich zwei Personen seien. Bei der Anzahl der Hausbesuche gebe es große Schwankungen. Der Bereich der frühen Hilfe sei in den letzten Jahren ausgebaut worden. Sie seien davon überzeugt, dass das Angebot weiterhin freiwillig erfolgen solle. Die Mundpropaganda sei sehr wichtig.

EBM Seigfried spricht seinen Dank an alle Beteiligten aus.

Beratungsverlauf:

Herr Winkler (FB Sicherheit und Ordnung) stellt den Tätigkeitsbericht des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) anhand einer Präsentation vor. Diese liegt dieser Niederschrift bei. Der KOD sei ein Teil der Abteilung Polizeirecht. Dieser solle die Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung in der Stadt gewährleisten. Herr Winkler geht auf den Unterschied des KOD zum Städtischen Vollzugsdienst (SVD) ein. Der KOD habe sich bewährt. Die Kooperation mit der Polizei sei sehr gut.

EBM Seigfried dankt für den Vortrag. Der KOD sei eine deutliche Erweiterung der Sicherheitsarchitektur mit einem gewaltigen Aufgabenfeld. Die personelle Aufstellung sei wieder komplett. Die Aufgabe des KOD sei gemeinsam mit der Polizei für Sicherheit zu sorgen, Präsenz, sowie die Aufrechterhaltung von Sicherheit bei Veranstaltungen. EBM Seigfried eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Link dankt für den Vortrag. Er wolle sich für den gut funktionierenden KOD und die gute Ausbildung bedanken. Der KOD sei sehr präsent. Er habe noch eine Bitte, dass der SVD, in bestimmten Straßenzweigen, beim ruhenden Verkehr mehr Präsenz zeige.

Stadtrat Kasdorf merkt an, dass der KOD sich personell sehr verändert habe und künftig auch ein neuer Fachbereichsleiter eingesetzt werde. Er schätze die Arbeit und die gute Präsenz sehr. Im Bahnhofsbereich habe man eine gute Regelung getroffen. Der Rückgang der Vorkommnisse am Akademiehof sei positiv. Er fürchte allerdings eine Verlagerung der Ordnungsstörungen. Die Fraktion habe das Gefühl, dass derzeit vermehrt Konsequenzen beim Falschparken erfolgen. Die Wilhelmstraße solle vermehrt kontrolliert werden. Er wünsche alles Gute für die Zukunft.

Der KOD sei in der Stadt zwischenzeitlich selbstverständlich, so Stadträtin Faulhaber. Leider laufe in der Gesellschaft nicht alles wie gewünscht. Sie habe höchsten Respekt vor dieser Arbeit mit relativ geringer Bezahlung und bedanke sich für diesen Einsatz auch an den Wochenenden und an den Brennpunkten. Hier sei die Mitarbeiterführung sehr wichtig. Die Vorlage und die Berichte seien sehr gut.

Ebenso seinen Dank spricht Stadtrat Dengel aus. Leider nehme die Respektlosigkeit gegenüber Ordnungskräften zu. Er wolle noch wissen, wo die Ausbildung stattfindet.

Positiv nimmt Stadtrat Heer den Wandel in Ludwigsburg auf. Der KOD und SVD sei in Ludwigsburg notwendig. Seine Präsenz wird wahrgenommen. Er dankt für die Arbeit.

Stadtrat Kube kann sich den lobenden Worten seiner Vorredner nicht anschließen. Ihm sei aufgefallen, dass in letzter Zeit vermehrt Menschen mit dunkler Hautfarbe kontrolliert werden, dies bemängelt er. Rassismus innerhalb der Polizei sei deutschlandweit bekannt. Alkoholbedingte Ausschreitungen seien ein Problem. Weiterhin solle hier auf Prävention und Aufklärung gesetzt werden. Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen sei keine Lösung.

EBM Seigfried fügt hinzu, dass Alkohol verkauft, aber nicht an allen Stellen konsumiert werden dürfe.

Herr Winkler teilt mit, dass die Ausbildung an der Verwaltungsschule in Karlsruhe angesetzt sei. Die Voraussetzung sei eine bereits abgeschlossene Berufsausbildung. Es könne unterschieden werden, ob jemand eine Ordnungsstörung begeht, unabhängig der Hautfarbe. Die Fähigkeit nicht rassistisch zu handeln sei gegeben.

Ergänzend fügt EBM Seigfried hinzu, dass man die Kooperation mit der Verwaltungsschule gesucht habe. Beim KOD arbeiten auch Frauen mit. Das Auftreten von Mann und Frau lasse mehr Optionen zu. Demnächst werde er mit einer Streife unterwegs sein, um live die Arbeit mitzerleben.

EBM Seigfried gibt das Wort an Herrn Spengler (FB Sicherheit und Ordnung) weiter. Dieser bedankt sich für das positive Feedback. Er selbst sei früher bei der Bundeswehr tätig gewesen. Die Mitarbeiterführung funktioniere gut. Die gute Präsenz in der Stadt bewirke viel.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit will auf die bettelnden Menschen, insbesondere an Wochenenden, hinweisen. Zudem weist sie darauf hin, dass die Sauberkeit am Bahnhof zu wünschen übrig lasse. Außerdem sei es notwendig, die Schorndorferstraße in den Abendstunden mit Radar zu kontrollieren.

Als eine wichtige Aufgabe sehe Stadtrat von Stackelberg die Schaffung von Lebensräumen für junge Menschen in Ludwigsburg. Spielräume für gute Begegnungsmöglichkeiten werden benötigt und sollen zur Verfügung gestellt werden. Zudem wolle er explizit das Fest der PH ansprechen. Er habe den Eindruck es werde immer mehr eingeengt. Lebensräume in Ludwigsburg für junge Menschen attraktiv gestalten, solle in einer nächsten Sitzung besprochen und auf die Tagesordnung genommen werden.

EBM Seigfried werde dieses Thema in den Jugendgemeinderat zur Diskussion einbringen. Die Problematik sei, dass durch das Verhalten junger Erwachsener teilweise die Lebensräume anderer genommen werden. Der Lebensraum werde nicht durch den KOD eingeengt, sondern durch bestimmte Verhaltensweisen, die nicht hingenommen werden können. So auch die PH Studenten im letzten Jahr. Die Auflagen der Ordnungsbehörde seien nicht eingehalten worden. Es gebe jetzt klare Regelungen bezüglich der Lautstärke und Zeiten. Bestimmte Verhaltensweisen können im öffentlichen Raum nicht akzeptiert werden. Man wolle eine urbane Stadt, eine hohe Sicherheit und auch die Nachtruhe. Viele Veranstaltungen werden von den Zeiten immer später und lauter, dies bemängelt er.

Stadtrat Kube merkt noch an, dass bezüglich der Lautstärke ebenso das Abbrennen von Feuerwerken kontrolliert werden solle.

Herr Winkler ergänzt, dass mit den Veranstaltern des PH Festes geredet worden sei. Zum Thema Betteln wolle er hinweisen, dass die Feststellung des gewerbsmäßigen Bettelns sehr schwierig sei. Sofern dies festgestellt sei, werde eingegriffen. Der weitere Hinweis bezüglich den geforderten Geschwindigkeitskontrollen an der Schorndorferstraße werde mitgenommen.

Im Anschluss schließt EBM Seigfried diesen Tagesordnungspunkt.

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsjahr 2018 werden – vorbehaltlich der Genehmigung des Gemeinderates - Mittel in Höhe von 30.000 EUR für den Erwerb und die Aufstellung öffentlicher Bücherschränke bereitgestellt.

Beratungsverlauf:

Siehe TOP 8.1

TOP 8.1

Abweichender Beschluss zur Vorl.Nr. 229/17

Vorl.Nr. 272/17

Abweichender Beschluss

1. Der Konzeption für die Einrichtung und das Betreiben öffentlicher Bücherregale wird zugestimmt.
2. ~~Sofern diese Konzeption umgesetzt wird, empfiehlt~~ der BSS *empfiehlt* im Haushalt 2018 30.000 EUR für den Erwerb und die Aufstellung der Bücherschränke einzusetzen *und bittet die Verwaltung um Prüfung, ob der erste Schrank bereits 2017 aufgestellt werden kann.*
3. *Der Standort Wette- Markt in Oßweil wird eingerichtet.*
4. *Die weiteren Standorte werden nach Absprache im BSS eingerichtet.*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 12 Ja- Stimmen, 0 Nein- Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Daferner
Stadtrat Haller
Stadtrat Rothacker

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried begrüßt Herrn Stierle (FB Bildung und Familie) und gibt das Wort weiter. Mit der heutigen Vorlage wolle man in der Sache Bücherschränke handlungsfähig werden. Es gebe drei Pfeiler. Dies seien engagierte Bürger und geeignete Standorte. Die dritte Säule der Finanzierung

TOP 8.1

Abweichender Beschluss zur Vorl.Nr. 229/17

Vorl.Nr. 272/17

sei bisher nicht gegeben gewesen. Die Hoffnung der Verwaltung, dass die Finanzierung durch bürgerschaftliches Engagement erfolgen könne, habe sich nicht erfüllt. Sponsorenanfragen haben ebenso kein Ergebnis gebracht. In der Vorlage seien zwei Standorte explizit genannt und nach besonderen Kriterien geprüft worden. Das Potential reiche für 4 öffentliche Bücherschränke. Die Metallbauer der Berufsschule zeigen Interesse einen Prototyp zu entwickeln.

Stadtrat Braumann halte die öffentlichen Bücherschränke für eine gute Sache. Sie seien keine Konkurrenz zur Stadtbücherei und dem Bücherbus. Fraglich sei noch wer die Einrichtungen betreue. Er wolle wissen, ob es Patenschaftsmodelle oder Bewohnernetzwerke gebe, die allerdings von Anfang an miteinbezogen werden sollten. Die Einbindung der beruflichen Schulen finde er gut. Es gebe auch die Möglichkeit ausgediente Telefonzellen hierfür zu nutzen. Wie gehe man mit Vandalismus um, fragt er. Der Standort Wettemarkt sei eine gute Wahl. Harteneckerhöhe als Standort sehe er kritisch, da in unmittelbarer Nähe eine Zweigstelle der Bücherei sei. Die Innenstadt solle berücksichtigt werden. Den Geldmitteln könne zugestimmt werden, allerdings dem Standort Harteneckerhöhe nicht.

EBM Seigfried fügt hinzu, dass ein entscheidender Aspekt für die Standortwahl eine Interessenbekundung und Verantwortungsübernahme gewesen sei.

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit geht davon aus, dass Oßweil aufgrund des gut funktionierenden Bürgervereins ausgesucht worden sei. Zudem berichtet sie aus ihren privaten Erfahrungen. Den Standorten 2a und 2b könne sie nicht folgen, diese seien nicht geeignet.

Stadtrat von Stackelberg weist auf die Vorlage 272/17 hin. Dieser Vorlage könne er gerne zustimmen. Der Vorlage Nr. 229/17 könne er so nicht folgen. Er wolle einen partizipativen und soziokulturellen Ansatz. Über die Standorte müsse nochmal nachgedacht werden. Vielleicht könne man noch Vereine aktivieren.

Der Antrag sei gut und ein guter Vorstoß, so Stadträtin Moersch. Zum Teil werden öffentliche Bücherschränke sehr gut angenommen. Leider gebe es auch Vandalismus. Wichtig sei eine dauerhafte Patenschaft. Dies sei sehr zeitintensiv und ein Ehrenamt. Sie hoffe, dass hierzu Menschen gefunden werden. Bücher seien eine Bereicherung. Der Standort Wettemarkt werde sicherlich gut betreut. Der Standort Harteneckerhöhe halte sie für akzeptabel. Die anderen Stadtteile sollten ebenso bedacht werden. Die Nähe zu Schulen sei ein guter Ansatz. Die Entwicklung der Bücherschränke durch die Berufsschule, in einer Ludwigsburg Edition, sei großartig. Der Vorlage werde zugestimmt.

Die FDP habe von Anfang an die Bücherschränke unterstützt, so Stadtrat Heer. Eine Tauschbörse im öffentlichen Raum anzubieten sei ein niederschwelliges Angebot. Über die Standorte könne diskutiert werden. Er wünsche sich einen Standort in der Innenstadt, zudem könne er sich Kirchvorplätze vorstellen. Er habe bisher einen Sponsoring Aufruf in der Zeitung vermisst.

Stadtrat Kube stimme der Vorlage zu. Der Antrag sei bereits 2015 gestellt worden. Er wundere sich über die Länge der Zeit. Mit der Standortwahl sei er ebenso nicht glücklich. Die Innenstadt sei als Standort sinnvoll. Mittlerweile gebe es auch eine Bücherschränk App. Der Antrag sei nach der Abstimmung erledigt. Die Verwaltung solle intensiv die möglichen Standorte für die Innenstadt untersuchen.

EBM Seigfried merkt an, dass die Vorlage Nr.272/17 lediglich ein veränderter Beschlussvorschlag zur Vorlage Nr. 229/17 sei. Er schlägt dem Gremium vor, den Beschlussvorschlag zu ändern und formuliert diesen wie oben aufgeführt.

TOP 8.1

Abweichender Beschluss zur Vorl.Nr. 229/17

Vorl.Nr. 272/17

Stadtrat von Stackelberg kann nicht verstehen, warum nicht bereits heute umgesetzt, sondern erst in den Haushalt 2018 aufgenommen werde. Er wolle darüber abstimmen, dass bereits 2017 angefangen werde.

EBM Seigfried teilt hierzu mit, dass sobald der Haushalt genehmigt sei, agiert werden könne.

Stadtrat Meyer schlägt vor, dass über den Vorschlag von EBM Seigfried abgestimmt werden solle.

EBM Seigfried stellt den geänderten Vorschlag wie oben *kursiv* eingefügt zur Abstimmung.

TOP 8.2

Bücherregal / Bücherschrank in der Innenstadt
- Antrag der Stadträte der Linken vom 19.04.2015

Vorl.Nr. 150/15

Beratungsverlauf:

Antrag vom 19.04.2015 ist mit der Beschlussfassung erledigt.
Siehe TOP 8.1

TOP 9

Projektzwischenberichte
"Willkommen in Ludwigsburg" und "Ludwigsburger
Akteure für Integration"
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Frau Müller (FB Bürgerschaftliches Engagement und Soziales) stellt die Zwischenberichte der Projekte „Willkommen in Ludwigsburg“ und „Ludwigsburger Akteure für Integration“ anhand einer Präsentation vor. Diese liegen dieser Niederschrift bei. Die Projekte seien bis 2018 vom Ministerium für Soziales und Integration gefördert. Ziel sei eine niederschwellige Unterstützung und Begleitung von Neuzugewanderten. Der Schwerpunkt liege bei Menschen ohne Fluchthintergrund. Neue Fördermittel versuche man zu akquirieren.

EBM Seigfried spricht seinen Dank aus und fügt hinzu, dass die unmittelbare Begegnung ein entscheidender Faktor sei. Hier werde eine tolle Arbeit geleistet. Der Aufwand und der Ertrag stehen in einem positiven Verhältnis. Er dankt den Ehrenamtlichen, sowie auch den Menschen, die diese Projekte annehmen und eröffnet die Aussprache.

Stadtrat Meyer merkt an, dass er sicherlich im Namen des Gremiums seinen Dank aussprechen könne. Die Arbeit sei wertvoll. In diesem Bereich sei eine Lücke gewesen, so Meyer. Er gehe davon aus, dass nach Förderende auf das Gremium zugegangen werde. Er dankt allen Beteiligten. Das Gremium schließt sich den Ausführungen an.

TOP 9

Projektzwischenberichte
"Willkommen in Ludwigsburg" und "Ludwigsburger
Akteure für Integration"
- mündlicher Bericht

Stadträtin Steinwand- Hebenstreit fügt noch hinzu, dass man stolz auf das bürgerschaftliche Engagement sein könne.

Stadtrat Kube schließt sich seinen Vorrednern an und verweist auf eine geplante Veranstaltung der AfD, hier könne Ludwigsburg ihre Weltoffenheit beweisen.

Im Anschluss stellt Frau Müller das weitere Projekt „Ludwigsburger Akteure für Integration“ anhand einer Präsentation vor. Ziel sei die Stärkung der kommunalen Steuerung und Vernetzung.

EBM Seigfried dankt für den kompakten Vortrag. Nachdem keine Fragen und Ergänzungen aus dem Gremium erfolgen, schließt er den öffentlichen Teil der Sitzung.